



Hague: Hamas trägt Hauptverantwortung für sich ausbreitende Gewalt

LONDON (dpa). Der britische Außenminister **William Hague** hat den Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen auf Israel verurteilt. Die Palästinenser-Organisation trage die „hauptsächliche Verantwortung“ dafür, dass sich eine Gewaltspirale

entwickle. Hague forderte aber auch Tel Aviv auf, die Spannungen herunterzufahren und zivile Opfer zu vermeiden. Ein Ende der israelischen Luftschläge gegen die Hamas verlangte Außenminister Hague allerdings nicht.

Urlauber sollten Tempelberg meiden

JERUSALEM (dpa). Angesichts der Eskalation der Gewalt in Nahost sollten Urlauber in Jerusalem von Besuchen des Tempelbergs absehen. In der Altstadt sollten sie vor allem an Feiertagen nur in ortskundiger Begleitung sein.

STICHWORT

Gazastreifen – Leben mit Gewalt und Not

GAZA (dpa). Die rund 1,7 Mio. Palästinenser im Gazastreifen leiden seit Jahren unter Gewalt und Armut. Der dicht bevölkerte Küstenstreifen am Mittelmeer ist mit seinen etwa 360 Quadratkilometern zwanzig Mal so klein wie Südtirol (7400 km²). Mehr als die Hälfte der Einwohner ist auf Zuwendungen internationaler Hilfe angewiesen. 1967 besetzte Israel das von Ägypten verwaltete Gebiet und begann mit dem Bau jüdischer Siedlungen. 2005 räumte Israel die Siedlungen und zog seine Soldaten ab. 2006 überfiel die radikal-islamische Hamas einen israelischen Militärstützpunkt am Rand des Gazastreifens und nahm den Soldaten Gilad Schalit als Geisel. Als Reaktion und wegen dauernder Raketenangriffe aus dem Gebiet verhängte Israel eine Blockade. Auch Ägypten schloss seine Grenze, tolerierte aber den Schmuggel über ein Tunnelssystem. Nach dem Sieg über die Fatah bei den Parlamentswahlen übernahm die Hamas 2007 gewaltsam die Kontrolle des Gazastreifens. Israel erklärte diesen zum „feindlichen Gebiet“ und verschärfte das Embargo. Mit vereinzelt Lockerungen wird es bis heute aufrechterhalten. Schalit kam erst im Oktober 2011 frei.

Angst vor Nahost-Krieg geht um

KONFLIKT: Israel will radikal-islamische Hamas im Gazastreifen in Schranken weisen – Nachbarland Ägypten steht hinter Palästinensern

TEL AVIV/GAZA (dpa). Israel reagiert hart auf die Raketenangriffe aus dem Gazastreifen. Mit einer Militäroperation will die Armee ein Ende erzwingen. Vor Neuwahlen im Jänner zeigt sich Regierungschef Benjamin Netanjahu entschlossen.

Es ist ein Schlag mitten ins Nervenzentrum der radikal-islamischen Hamas: Israel hat mit Militärführer Ahmed al-Jabari den ranghöchsten Führer der im Gazastreifen herrschenden Organisation seit fast einem Jahrzehnt getötet. Tausende Palästinenser versammelten sich gestern in Gaza beim Begräbnis des einflussreichen Mannes.

Bewaffnete Männer feuerten Salven in die Luft, Trauernde schworen Israel Rache, während sie Al-Jabaris Leiche durch die Straßen Gazas trugen. „Wir werden den Widerstand nicht aufgeben“, gelobte Al-Jabaris 20 Jahre alter Sohn Muaz. Der Tod seines Vaters werde die Kassam-Brigaden nicht zerstören. „Wir werden weiter Gewehre tragen und seiner Botschaft folgen.“

Zuletzt hatte Israel 2004 im Abstand von wenigen Wochen den Hamas-Gründer Scheich Ahmed Yassin und dessen Nachfolger Abdelaziz al-Rantisi gezielt getötet. Die Botschaft des neuen, tödlichen Luftangriffs auf



Dieser israelische Soldat an der Grenze zum Gazastreifen ist in regem Funkkontakt zu seinen Oberkeiten.

APA/epa/OLIVER WEIKEN

Al-Jabari ist klar: Israel ist nicht länger bereit, seine Bevölkerung der Willkür militanter Palästinenser auszusetzen und will die ständigen Raketenangriffe aus dem Gazastreifen stoppen.

Klares Ziel der neuen Militäroperation „Säule der Verteidigung“ ist es, die Hamas-Führung einzuschüchtern, damit diese die Raketenangriffe auf Israel stoppt. Mitglieder der politischen Führungsriege der Hamas, wie der ehemalige Ministerpräsident Ismail Haniyeh, sollten sich nirgendwo mehr in Sicherheit wähen, drohte Transportminister Israel Katz

von der regierenden Likud-Partei am Donnerstag. „Wenn es sein muss, werden wir sie jagen wie wilde Tiere“, sagte er bei der Besichtigung eines durch Raketenbeschuss schwerbeschädigten Wohnhauses in Kiryat Malachi. Beim Volltreffer im vierstöckigen Haus starben drei Menschen, zwei Frauen und ein Mann. Kurz nach dem tödlichen Schlag gegen Al-Jabari und dessen Leibwächter griff die Luftwaffe Waffenlager im Gazastreifen an, in denen Raketen des Typs „Fajr“ gelagert waren. Sie stammten aus dem Iran und hätten eine Reichweite von etwa 75

Kilometern – damit könnten sie auch die Mittelmeermetropole Tel Aviv erreichen, bisher eine klare rote Linie im jahrelangen Kleinkrieg zwischen Israel und der Hamas.

Zivilverteidigungsminister Avi Dichter sagte aber, die Offensive werde vermutlich lange dauern, weil Hamas noch über viele Waffenlager verfüge.

Das israelische Militär hat schon begonnen, Reservisten für eine mögliche Bodenoffensive einzuberufen. Die israelische Zeitung „Haaretz“ schrieb bereits vom „ersten Krieg des israelischen Ministerpräsidenten

Benjamin Netanjahu“. Kritiker verwiesen darauf, dass auch beim jüngsten Gazakrieg, der vor fast vier Jahren begann, israelische Parlamentswahlen bevorstanden.

Eine Wiederholung des damaligen Gaza-Feldzugs birgt auch für Israel Risiken. Neben Verlusten im Kampf besteht die Gefahr, die Hamas könnte ihre blutigen Selbstmordanschläge in Israel wieder aufnehmen. Außerdem hat sich die politische Großwetterlage seit dem jüngsten Gazakrieg geändert: Die neue ägyptische Führung steht heute an der Seite der Hamas.

Unabhängigkeitsbestrebung im Veneto

„INDIPENDENZA VENETA“: Föderalistischer Weg im Parlament nicht mehrheitsfähig – Autonomie soll über demokratische Vorgangsweise erreicht werden

ROM/VENEDIG (mit). Autonomie, regionale Eigenständigkeit, Föderalismus? Nein danke. Für Lodovico Pizzati, Gründer der venezianischen Bewegung „Indipendenza Veneta“, ist das wahre Vorbild Schottland, das sich den Weg für eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich freigemacht hat. Den selben Pfad will nun auch die im vergangenen Frühjahr entstandene „Indipendenza Veneta“ beschreiten.

Lodovico Pizzati erklärt dazu: „Unser Ziel ist, über einen demokratischen Weg die Unabhängigkeit des Veneto von Italien zu erreichen. Dieser Weg

führt über ein Referendum, das auf internationalem Recht fußt. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist im New Yorker Pakt über bürgerliche und politische Rechte des Jahres 1967 verankert. Die Veneto-Einwohner sind ein Volk und haben Recht auf Selbstbestimmung.“ Wie die Bewegung ihre Unabhängigkeitspläne umsetzen will, darüber haben sich die „Dolomiten“ mit Pizzati unterhalten.

„Dolomiten“: Herr Pizzati, wie stellen Sie es sich vor, zu einem international anerkannten Unabhängigkeitsreferendum zu gelangen?

Lodovico Pizzati: Das Regionalparlament hat das Recht, ein Referendum auf regionaler Basis auszurufen. Wir haben dem Präsidenten des Veneto, Luca Zaia, bereits 20.000 Unterschriften zu einem regionalen Referendum für die Unabhängigkeit unseres Volkes vorgelegt. Zwei Drittel der Mitglieder des Regionalparlamentes haben zugestimmt, eine Sonderversammlung einzuberufen, bei dem die Frage eines Referendums unter Aufsicht von Beobachtern der UNO und der EU überprüft wird, wie es auch in Schottland für das Jahr 2014 vorgesehen ist. Diese Versammlung findet nächste Woche statt.

„Wir wollen über einen legalen, international anerkannten Weg unsere Autonomie erreichen.“

Lodovico Pizzati

„D“: Das föderalistische Modell ist Ihrer Ansicht nach veraltet?

Pizzati: Ein föderalistischer Weg erfordert die Zustimmung einer sehr breiten Mehrheit im Parlament, die wir nie erreichen können, weil die Unabhängigkeit des Veneto gegen die Interessen anderer Regionen stoßen. Der Weg der Unabhängigkeit ist einfacher zu beschreiten, weil er laut internationaler Verträge nur die Zustimmung der Mehrheit der Veneto-Bewohner erfordert.

„Wir sind keine Untertanen, sondern ein Volk und haben nach internationalem Recht die Möglichkeit, zur Selbstbestimmung zu gelangen.“

Lodovico Pizzati

„D“: Wäre es nicht einfacher, für einen Autonomiestatut nach Südtiroler Modell zu kämpfen?

Pizzati: Es wäre wunderbar, die Autonomie Südtirols zu erlangen. Die Südtiroler zahlen hohe Steuern, diese bleiben aber in ihrer Region. Im Veneto zahlen wir jährlich 70 Milliarden Euro an Steuern und nur ein Fünftel bleibt in der Region. Die Südtiroler Autonomie ist aber bei uns nicht umsetzbar, weil wir dafür die Mehrheit im Parlament benötigen würde, die wir nie erreichen werden. Wir betrachten die

KURZPORTRÄT

Ludovico Pizzati

Lodovico Pizzati wurde 1973 in Valdagno in der Provinz Vicenza geboren. Nach einer Studienzeit in den USA promovierte er an der Georgetown University in Wirtschaft und arbeitete dann acht Jahre lang an der Weltbank, wo er sich mit europäischen Fragen und dem Beitritt osteuropäischer Länder in die EU beschäftigte. Für die Weltbank hat er zwei Bücher zum Thema Arbeitsmarkt und regionale EU-



Fonds verfasst. Seit 2008 doziert er Wirtschaftspolitik an der Wirtschaftsfakultät der Universität Ca' Foscari in Venedig. 1998 gründete er die kulturelle Vereinigung Veneto.org, mit der er das erste venezianisch-englische Wörterbuch veröffentlicht hat.

Dinge realistisch, dieser Weg ist nicht beschreibbar.

„D“: Sind Sie sicher, dass die Mehrheit der Veneto-Bewohner die Unabhängigkeit will?

Pizzati: Laut einer Meinungsumfrage, die wir im Jänner auf wissenschaftlicher Basis durchgeführt haben, sind 53 Prozent der Veneto-Einwohner bereit, bei einem Unabhängigkeitsreferendum mit „Ja“ zu stimmen. Bei einer weiteren Umfrage, die hier von der Tageszeitung „Corriere della Sera“ im September durchgeführt wurde, beträgt der Prozentsatz sogar 80 Prozent.

„D“: Hätte ein Kleinstaat Veneto im globalen Umfeld überhaupt Überlebenschancen?

Pizzati: Veneto und Friaul zählen zusammen sechs Millionen Einwohner. Österreich hat acht Millionen Einwohner, Dänemark und Finnland fünf Millionen, Slowenien zwei Millionen. Zwei Drittel der EU-Mitglieder sind Länder mit weniger als

zehn Millionen Bewohnern. In der Nachkriegszeit gab es weltweit 71 Staaten, heute sind es fast 200. Die Zahl der Länder auf der Welt hat sich verdreifacht. Das heißt, dass immer mehr Völker zur Selbstbestimmung gelangen.

„D“: Profitiert „Indipendenza Veneta“ von der Krise der Lega Nord?

Pizzati: Die Lega Nord ist de facto eine italienische Partei, sie ist die älteste Gruppierung, die im Parlament in Rom vertreten ist. Die Lega tritt für wirtschaftlichen Protektionismus ein und ist grundsätzlich ausländerfeindlich eingestellt. Wir nicht. Unser Motto lautet: „Veneto è chi il Veneto fa“. Das heißt, wer mit seiner Arbeit zum Wachstum des Veneto beiträgt, ist automatisch einer von uns. Venedig war in der Zeit der Serenissima groß, weil sie mit der ganzen Welt Handelsbeziehungen hatte.

Micaela Taroni



Das Bild zeigt eine Veranstaltung der Unabhängigkeitsbewegung am 6. Oktober in Venedig, wo Lodovico Pizzati über Mikrofon Informationen gibt.